



Vertraulichkeitsvereinbarung

zwischen

RAG Aktiengesellschaft (RAG), Im Welterbe 10, 45141 Essen

(nachfolgend „RAG“)

und

[...]

(nachfolgend „[...]“)

- RAG und [...] werden nachfolgend einzeln „Partei“ und gemeinsam „Parteien“ genannt –

Präambel

Die Parteien beabsichtigen im Zusammenhang mit der Durchführung eines EU-weiten Vergabeverfahrens zur Versorgung der RAG mit elektrischer Energie und Erbringung energieversorgungsnahe Dienstleistungen durch einen externen Dienstleister (nachfolgend „**Zweck**“), Informationen auszutauschen.

Mit Blick auf die Vorbereitung und Umsetzung des Zwecks werden die Parteien sich und ihren Vertretern wechselseitig Vertrauliche Informationen den Zweck betreffend zur Verfügung stellen. Den Parteien ist bewusst, dass diese Vertraulichen Informationen für den Inhaber der Information durch Maßnahmen der Geheimhaltung geschützt sind und bisher weder insgesamt noch in ihren Einzelheiten bekannt oder ohne weiteres zugänglich waren. Um die Geheimhaltung der ausgetauschten Informationen sicherzustellen, schließen die Parteien diese Vertraulichkeitsvereinbarung (nachfolgend „**Vereinbarung**“).



1. Vertrauliche Informationen

1. Vertrauliche Informationen im Sinne dieser Vereinbarung sind sämtliche Informationen, die von einer Partei oder einem mit dieser Partei im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen (nachfolgend „**Verbundene Unternehmen**“) zum vorgenannten Zweck auf beliebigem Wege (z. B. schriftlich, elektronisch, digital verkörpert, mündlich oder in anderer Form) offengelegt werden. Als Vertrauliche Informationen gelten insbesondere:
 - 1.1. Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, Produkte, Herstellungsprozesse, Know-how, technische Daten, Erfindungen, geschäftliche Beziehungen, Geschäftsstrategien, Businesspläne, Finanzplanung, Personalangelegenheiten;
 - 1.2. die Auflistung der einzelnen Anschlussstellen für Los 1 sowie sämtliche Informationen über den Zweck;
 - 1.3. Jegliche Unterlagen und Informationen der jeweils offenlegenden Partei, die Gegenstand technischer oder organisatorischer Geheimhaltungsmaßnahmen sind und als vertraulich gekennzeichnet sind oder nach der Art der Information oder den Umständen der Übermittlung als vertraulich anzusehen sind;
 - 1.4. Das Bestehen dieser Vereinbarung und ihr Inhalt.
2. Keine Vertraulichen Informationen sind solche Informationen,
 - 2.1. die der Öffentlichkeit vor der Mitteilung oder Übergabe durch die andere Partei bekannt oder allgemein zugänglich waren oder dies zu einem späteren Zeitpunkt ohne Verstoß gegen eine Geheimhaltungspflicht werden;
 - 2.2. die der empfangenden Partei bereits vor der Offenlegung durch die offenlegende Partei und ohne Verstoß gegen eine Geheimhaltungspflicht nachweislich bekannt waren;
 - 2.3. die von der empfangenden Partei ohne Nutzung oder Bezugnahme auf Vertrauliche Informationen der offenlegenden Partei selbst gewonnen wurden; oder
 - 2.4. die der empfangenden Partei von einem berechtigten Dritten ohne Verstoß gegen eine Geheimhaltungspflicht übergeben oder zugänglichgemacht werden.



2. Geheimhaltungspflichten

1. Die empfangende Partei verpflichtet sich:

- 1.1. Vertrauliche Informationen streng vertraulich zu behandeln und nur im Zusammenhang mit dem Zweck zu verwenden;
- 1.2. die Vertraulichen Informationen der offenlegenden Partei ebenfalls durch angemessene Maßnahmen der Geheimhaltung durch unbefugten Zugriff durch Dritte zu sichern.
- 1.3. Sofern die empfangende Partei aufgrund geltender Rechtsvorschriften, gerichtlicher oder behördlicher Anordnungen oder aufgrund einschlägiger börsenrechtlicher Regelungen verpflichtet ist, teilweise oder sämtliche Vertraulichen Informationen offenzulegen, ist die offenlegende Partei - soweit rechtlich möglich und praktisch umsetzbar - hierüber unverzüglich schriftlich zu informieren. Die Parteien verpflichten sich zur Zusammenarbeit und werden alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, um den Umfang der Offenlegung auf ein Minimum zu beschränken und erforderlichenfalls der offenlegenden Partei jede zumutbare Unterstützung zukommen lassen, die eine Schutzanordnung gegen die Offenlegung Vertraulicher Informationen anstrebt.

2. Die Parteien sind berechtigt, Vertrauliche Informationen an ihre Aufsichtsgremien, an aktienrechtlich verbundene Unternehmen i.S.v. §§ 15 ff. AktG, an ihre Mitarbeiter sowie an externe Berater, Kreditgebern und andere Vertragspartner weiterzugeben, sofern dies für die Umsetzung des Zwecks erforderlich ist. Den involvierten Personen sind die gleichen Geheimhaltungspflichten wie in dieser Vertraulichkeitsvereinbarung aufzuerlegen, sofern sie nicht von Berufs wegen zur Verschwiegenheit verpflichtet sind.

3. Keine Garantie für Richtigkeit und Vollständigkeit

Keine Partei garantiert die Richtigkeit und Vollständigkeit der Vertraulichen Informationen gegenüber der anderen Partei. Der Austausch der Informationen erfolgt insoweit ohne Gewähr.

4. Unverbindlichkeit der Gespräche

Die Offenlegung Vertraulicher Informationen gegenüber der empfangenden Partei begründet keine Verpflichtung, der offenlegenden Partei weitere Informationen zur Verfügung zu stellen, noch besteht eine Verpflichtung, eine sonstige weitere rechtlich bindende Verpflichtung oder

Vereinbarung einzugehen und begründet kein Recht auf Exklusivität zugunsten der empfangenen Partei.

5. Rückgabe/Löschen der Vertraulichen Informationen

- 5.1 Auf Aufforderung der offenlegenden Partei sowie ohne Aufforderung spätestens nach der Beendigung der Gespräche zwischen den Parteien über den Zweck bzw. der Erreichung des Zwecks ist die empfangende Partei verpflichtet, sämtliche Vertrauliche Informationen einschließlich der Kopien hiervon innerhalb von zehn (10) Arbeitstagen nach Zugang der Aufforderung oder der Beendigung der Gespräche zurückzugeben oder zu vernichten (einschließlich elektronisch gespeicherter Vertraulicher Informationen), die diese Partei oder ihre Vertreter erlangt haben.
- 5.2 Die Vernichtung elektronisch gespeicherter Vertraulicher Informationen erfolgt durch vollständige und unwiderrufliche Löschung. Ausgenommen hiervon sind Vertrauliche Informationen, deren Vernichtung bzw. Rückgabe technisch nicht möglich ist, z.B. da sie aufgrund eines automatisierten elektronischen Backupsystems zur Sicherung von elektronischen Daten in einer Sicherungsdatei gespeichert wurden. Ungeachtet dessen darf jede Partei eine Kopie der Vertraulichen Informationen behalten, soweit dies nach dem geltenden Recht oder aufgrund einer börsenrechtlichen Regelung verlangt wird.

6. Eigentumsrechte an Vertraulichen Informationen

- 6.1 Die offenlegende Partei hat, unbeschadet der Rechte, die sie nach dem Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung hat, hinsichtlich der Vertraulichen Informationen sämtliche Eigentums-, Nutzungs- und Verwertungsrechte. Die empfangende Partei erwirbt kein Eigentum oder - mit Ausnahme der Nutzung für den oben geschriebenen Zweck - sonstige Nutzungsrechte an den Vertraulichen Informationen (insbesondere an Know-how, darauf angemeldeten oder erteilten Patenten, Urheberrechten oder sonstigen Schutzrechten) der offenlegenden Partei aufgrund dieser Vereinbarung oder wegen konkludenten Verhaltens. Vielmehr behält sich die offenbarende Partei alle Rechte hieran vor.
- 6.2 Die empfangende Partei hat es zu unterlassen, die Vertraulichen Informationen außerhalb des Zweckes in irgendeiner Weise selbst wirtschaftlich zu verwerten oder nachzuahmen oder durch Dritte verwerten oder nachahmen zu lassen und insbesondere auf die Vertraulichen Informationen gewerbliche Schutzrechte – insbesondere Marken, Designs, Patente oder Gebrauchsmuster – anzumelden.



7. Laufzeit

Diese Vereinbarung tritt nach Unterzeichnung in Kraft und endet drei Jahre nach Beendigung des Informationsaustausches zum vorgenannten Zweck, spätestens jedoch fünf Jahre ab Unterzeichnung dieser Vereinbarung.

8. Schlussbestimmungen

- 8.1 Die vorliegende Vereinbarung stellt die gesamte zwischen den Parteien getroffene Vereinbarung dar und ersetzt alle etwaigen früheren Vertraulichkeitsvereinbarungen zum oben genannten Zweck. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung sowie Kündigungen bedürfen zu Nachweiszwecken der Schriftform, wobei die elektronische Schriftform oder Textform nicht ausreicht.
- 8.2 Die Bestimmungen dieser Vereinbarung unterliegen in ihrer Durchführung und Auslegung dem deutschen materiellen Recht unter Ausschluss des internationalen Privatrechts.
- 8.3 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ist das für den Geschäftssitz der RAG zuständige Gericht.
- 8.4 Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung hierdurch nicht berührt. Soweit eine Bestimmung nicht Vertragsbestandteil geworden oder unwirksam geworden ist, richtet sich der Inhalt dieser Vereinbarung nach den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften. § 306 Abs. 3 BGB bleibt unberührt. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken dieser Vereinbarung.

Ort, Datum

Ort, Datum

RAG

Unterschrift / Firmenstempel